

 **Bundeskanzleramt**

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.410.164

Wien, am 1. August 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Shetty, Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Juni 2023 unter der Nr. **15221/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Erstellung einer ‚Ghettoliste‘“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

1. *Wird die Ausarbeitung einer "Ghettoliste" oder einer ähnlichen Liste wie jene in Dänemark in Erwägung gezogen?*
2. *Gab es diesbezüglich Gespräche innerhalb des Ressorts?
 - a. Wenn ja, welche Abteilungen innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereichs haben wann daran teilgenommen?
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
3. *Gab es diesbezüglich Gespräche mit anderen Ressorts?
 - a. Wenn ja, wann und mit welchen Ressorts? (Bitte um Aufschlüsselung nach Kabinetten, Sektionen, Abteilungen)
 - b. Gab es Gespräche mit anderen Abteilungen innerhalb des Bundeskanzleramts?
 - c. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*

4. *Gab es diesbezüglich Gespräche mit anderen öffentlichen Stellen?*
 - a. *Wenn ja, wann und mit welchen Stellen? (Bitte um konkrete Aufschlüsselung)*
 - b. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
5. *Gab es diesbezüglich Gespräche mit nichtstaatlichen Organisationen oder Personen?*
 - a. *Wenn ja, wann und mit welchen Organisationen oder Personen?*
 - b. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
6. *Gab es diesbezüglich Gespräche mit staatlichen oder nichtstaatlichen Stellen außerhalb Österreichs?*
 - a. *Wenn ja, wann und mit welchen Stellen?*
 - b. *Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
7. *Ist eine "Ghettoliste" oder eine ähnliche Liste wie jene in Dänemark konkret in Ausarbeitung?*
 - a. *Wenn ja, welches Ziel wird mit der Erstellung einer solchen Liste verfolgt?*
 - b. *Wenn ja, welches Ressort ist federführend?*
 - c. *Wenn ja, für wann ist diese geplant?*
 - d. *Wenn ja, welche Stellen innerhalb Ihres Ressorts sind konkret an der Ausgestaltung der "Ghettoliste" oder einer ähnlichen Liste beteiligt?*
 - e. *Wenn ja, welche Stellen außerhalb Ihres Ressorts sind konkret an der Ausgestaltung der "Ghettoliste" oder einer ähnlichen Liste beteiligt?*
 - i. *Welche Ministerien (Sektionen, Abteilungen, Kabinette)?*
 - f. *Wenn ja, welche Kriterien sollen für die Aufnahme auf diese Liste festgelegt werden? (Bitte um konkrete Auflistung)*
 - i. *Ist der Migrationshintergrund oder die ethnische Zugehörigkeit als Kriterium geplant?*
 - ii. *Andere Kriterien?*
 - iii. *Sind die geplanten Kriterien juristisch geprüft?*
 - g. *Wenn ja, welche Maßnahmen könnten bei Aufnahme auf die Liste gesetzt werden? (bitte um konkrete Auflistung)*
 - i. *Ist eine Erhöhung des Strafrahmens bei Begehung von Delikten in den betroffenen Gebieten geplant?*
 - ii. *Ist vorgesehen, dass betroffene Personen in andere Gegenden ziehen müssen?*
 - iii. *Andere Maßnahmen?*
 - iv. *Sind die geplanten Maßnahmen juristisch geprüft?*
 - h. *Wenn ja, welche Konsequenzen würde den betroffenen Menschen bei Nichteinhaltung der Maßnahmen drohen? (bitte um konkrete Auflistung)*
 - i. *Sind Kürzungen von Sozialleistungen geplant?*

- ii. Andere Maßnahmen?*
- iii. Sind die geplanten Konsequenzen juristisch geprüft?*
- i. Wenn ja, welche Gegenden in Österreich sollen auf diese Liste aufgenommen werden?*

Eine „Liste der Ghetto-Gebiete“ vergleichbar zu jener in Dänemark ist nicht in Planung oder Ausarbeitung.

Zu den Fragen 8 bis 14:

- 8. Werden weitere Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" in Betracht gezogen oder sind schon in Planung?*
 - a. Wenn ja, welche?*
 - i. Welches Ressort ist hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme federführend?*
 - ii. Welches Ressort ist an der Ausgestaltung hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme beteiligt?*
- 9. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche innerhalb des Ressorts?*
 - a. Wenn ja, welche Abteilungen haben hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme innerhalb Ihres Zuständigkeitsbereichs wann daran teilgenommen?*
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
- 10. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche mit anderen Ressorts?*
 - a. Wenn ja, wann und mit welchen Ressorts hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme? (Bitte um Aufschlüsselung nach Kabinetten, Sektionen, Abteilungen)*
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*
- 11. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche mit anderen Abteilungen innerhalb des Bundeskanzleramts?*
 - a. Wenn ja, wann und mit welchen Abteilungen hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme?*
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?*

12. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche mit anderen öffentlichen Stellen?
- a. Wenn ja, wann und mit welchen Stellen hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme? (Bitte um konkrete Aufschlüsselung)
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?
13. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche mit nichtstaatlichen Organisationen oder Personen?
- a. Wenn ja, wann und mit welchen Organisationen oder Personen hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme?
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?
14. Gab es bezüglich weiterer Maßnahmen in Zusammenhang mit "Parallelgesellschaften" oder "Parallelgesellschaftsgegenden" Gespräche mit staatlichen oder nichtstaatlichen Stellen außerhalb Österreichs?
- a. Wenn ja, wann und mit welchen Stellen hinsichtlich welcher in Betracht gezogenen oder geplanten Maßnahme?
 - b. Was war der konkrete Gesprächsinhalt?

Die Herausforderungen für die Integration der Zugewanderten und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind in einigen Ländern wie etwa Dänemark, Frankreich und Schweden in der Vergangenheit derart angewachsen, dass diese Länder Maßnahmen gegen desintegrative Milieus ergriffen haben. Der Besuch in Dänemark und die Besichtigung des als „Parallelgesellschaft“ eingestuften Viertels Mjølnerparken in Kopenhagen sowie die diesbezüglichen Beratungen mit Expertinnen und Experten vor Ort waren ein wichtiger Schritt zum Austausch von Erfahrungen und guter Praxis.

Die Auseinandersetzung mit bedenklichen Tendenzen unter Teilen der zugewanderten Bevölkerung in Österreich hat vor diesem Hintergrund zum Ziel, bereits frühzeitig gegenzusteuern und die Entstehung von parallelgesellschaftlichen Strukturen zu verhindern. Dabei ist festzuhalten, dass die Themen Parallelgesellschaften und Segregation Querschnittsbereiche sind, dem sich auch die Integrationsarbeit, somit die Sektion II im Bundeskanzleramt, in der täglichen Arbeit laufend widmet. Es handelt sich allerdings in der Regel um ein lokales Problem, oftmals in Ballungsräumen. Daher müssen auch Bundesländer, Städte und Gemeinden desintegrative Tendenzen frühzeitig erkennen und aktiv werden.

Der im April 2023 von meinem Ressort veröffentlichte Bericht „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Segregation“ zeigte erstmals wissenschaftlich fundiert und umfassend auf, dass es in Österreich parallelgesellschaftliche Tendenzen unter Zugewanderten gibt. Für weitere Ergebnisse und nähere Details darf ich auf den Bericht verweisen, der auf der Webseite des Bundeskanzleramts zur Verfügung steht (<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/segregationsbericht.html>).

Dieser Bericht bildet den Ausgangspunkt für einen Prozess in Österreich, um gemeinsam mit den Bundesländern, Städten und Gemeinden Maßnahmen gegen Segregation weiterzuentwickeln bzw. neu zu konzipieren. Vor diesem Hintergrund wurde der Segregationsbericht etwa auch im Mai 2023 den Mitgliedern des Integrationsbeirats vorgestellt und diskutiert.

Das Integrationsressort ist daher derzeit mit relevanten Verantwortlichen auf verschiedenen staatlichen Ebenen, Expertinnen und Experten aus dem Integrationsbereich und mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen wie der OECD im Austausch, wie die Verfestigung segregierter Strukturen in Österreich anhand von Indikatoren gemessen und auch verhindert werden kann.

Seitens des Integrationsressorts gibt es zudem derzeit einen Förderaufruf, der einen neuen Schwerpunkt auf die „Prävention von Extremismus und Segregation“ legt.

Darüber hinaus fand im themenspezifischen Kontext 2021 und 2022 in Wien das „Vienna Forum on Countering Segregation and Extremism in the Context of Integration“ mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus mehreren Ländern sowie Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland statt. Im Rahmen dieser internationalen Austauschplattform wurde ebenfalls über mögliche Maßnahmen gegen Segregation und Extremismus diskutiert sowie bestehende Beispiele guter Praxis ausgetauscht. In diesem Zusammenhang darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 13087/J vom 17. November 2022 verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab

